



**UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN**

## **Universitätsbibliothek Paderborn**

### **Thesen zur Planung und Errichtung von Gesamthochschulen**

**Nordrhein-Westfalen / Ministerium für Wissenschaft und  
Forschung**

**Ratingen [u.a.], 1971**

Vorstand der Assistentenschaft der Abteilung für Praktische Medizin

**urn:nbn:de:hbz:466:1-8193**

insbesondere gezielte Studienreformansätze in Studiengängen mit beträchtlichen wissenschaftlichen und praxisbezogenen Modernitätsrückständen, wie es vor allem in den Lehramtsstudiengängen der Fall ist (an Universitäten in anderer Hinsicht als an Pädagogischen Hochschulen). Schließlich könnten auch schon Abstimmungen und Übergänge in einzelnen Fachrichtungen zwischen Fachhochschule und Universitäten in Angriff genommen werden (z. B. in der Ingenieur-Ausbildung).

Man kann nicht alles auf einmal machen, wenn überhaupt etwas geraten soll. Studienreformansätze müssen gezielt, örtlich konzentriert und konkret sein, wenn sie vom Fleck kommen und paradigmatische Wirkungen erzielen sollen. Notwendig dafür ist ein neues Verständnis für Rollenteilung im Hochschulsektor, das sich vom üblichen Administrations-, Hoheits- und Autonomiedenken ein wenig freier macht.

Zunächst müßten die vordringlichen Zielansätze in Inhalt und Priorität aus der Sicht des Landes klargelegt werden. Dafür wäre ein Beirat des Ministers durchaus geeignet, wenn seine Mitglieder nicht nur vom Minister berufen, sondern auch erwiesenermaßen sachverständig sind und nicht zuletzt (bei Hochschulangehörigen) die Zustimmung ihrer Fachbereiche und Hochschulgruppen besitzen. Der Beirat hätte eine längerfristige Innovationsstrategie zu entwickeln, öffentlich darzulegen und in konkreten Einzelprojekten zur Ausschreibung zu stellen. Dazu müßte der Beirat über einen Dispositionsfonds an Personal- und Sachmitteln verfügen. So würde es für manche Fachbereiche lohnenswert, sich um ein ausgeschriebenes Studienreformprojekt zu bewerben oder für ein eigenes Projekt um Mittel nachzusuchen.

Es ist an der Zeit, Abschied von bloß administrierter Organisationsreform zu nehmen. Der Minister besäße ein weit tauglicheres Innovationsinstrument, wenn er auf die beschriebene (oder ähnliche) Weise ein dynamisches Zusammenwirken von übergreifender Reformkonzeption (Projektausschreibung, Mittelzuweisung) und konkreter Reformarbeit vor Ort in Gang setzte. Dazu gehört freilich die Geduld zu konkreter Problemanalyse, zum Vorgehen in vielen Einzelschritten und zur langfristigen Verfolgung von Reformzielen über die Legislaturperioden hinweg.

**Universität Bochum**

Der Vorstand der Assistenten-  
schaft der Abteilung 18  
der Ruhruniversität Bochum

An den  
Wissenschaftsminister des Landes NRW  
Herrn Johannes Rau  
4 Düsseldorf  
Staatskanzlei

*Offener Brief*

*Betrifft:* Thesen des Wissenschaftsministers des Landes NRW  
zur Planung und Errichtung von Gesamthochschulen  
zur Neuordnung der Personalstruktur an den Hochschulen  
Bauvorstellungen des Finanzministers des Landes NRW Wertz

Sehr geehrter Herr Minister Rau!

Der Vorstand der Wissenschaftlichen Assistenten der Abteilung für Praktische Medizin der Ruhruniversität Bochum, der über 300 in der Krankenversorgung des Klinikum Essen tätige Ärzte vertritt, nimmt bestürzt die Thesen zur Errichtung von Gesamthochschulen und zur Personalstruktur an Hochschulen zur Kenntnis.

Die Assistentenschaft schließt sich in den folgenden Punkten der bereits erfolgten Kritik der Essener Studentenschaften an:

1. Die Öffnung der Hochschulen für unterprivilegierte Bevölkerungsgruppen wird verhindert. Die Gleichheit der Bildungschancen ist verwirkt.
2. Die Mitentscheidung der betroffenen Bevölkerung und der betroffenen Hochschulangehörigen wird durch selbstherrliche Entscheidungen der Ministerien verhindert.
3. Die zentralistische Bauplanung unterwandert die Realisierung der didaktischen und gesellschaftspolitischen Inhalte der Integrierten Gesamthochschule. Ohne Formulierung der Inhalte der Integrierten Gesamthochschule darf keine Bauplanung erstellt werden.
4. Die grundlegenden Erkenntnisse des Sachverständigenbeirats der Stadt Essen und des Einsele-Gutachtens werden in keiner Weise berücksichtigt.
5. Die Thesen zur Personalstruktur fordern eine so hohe Lehrbelastung, daß die Forschung aus der Universität vertrieben werden muß.
6. Die Wissenschaftlichen Assistenten werden zu Hilfskräften degradiert. Sie sollen in Aberkennung ihrer Eigenverantwortung Handlangerdienste in der Forschung, Serviceleistung in der Krankenversorgung und Hilfsfunktionen in der Lehre übernehmen.

Fazit: Die Thesen zur Planung und Errichtung von Gesamthochschulen und zur Neuordnung der Personalstruktur an den Hochschulen sowie die Bauvorstellungen des Finanzministers Wertz spiegeln der Bevölkerung eine Reform des Bildungswesens vor.

In Wirklichkeit sind sie ein Rückschritt.

Für den Vorstand der Wissenschaftlichen Assistenten der Abteilung Praktische Medizin der Ruhruniversität Bochum

(Dr. Feldmann)

(Dr. Strauss)

## Universität Bochum

## Abteilung für Katholische Theologie

1. Die Abteilung bejaht und unterstützt den Plan der Landesregierung, die Chancengleichheit der verschiedenen Studiengänge an den bestehenden Hochschulen zu verbessern, das Studium zu intensivieren, die Kapazitäten wirtschaftlich zu verwenden usw. (s. These 1.2). Die Abteilung ist aber der Auffassung, daß diese notwendige Reform primär Sache einer Studienreform und nicht einer Organisations- und Studienreform ist. Es muß bezweifelt werden, daß das Ziel der Studienreform auf dem Weg einer integrierten Gesamthochschule erreicht werden kann (zu These 1.1; 1.2; 2.2).
2. Eine mögliche und wünschenswerte Integration der verschiedenen Studiengänge (des vollen theol. Studiums, des Studiums für das Höhere und Mittlere Lehramt und möglicherweise des Studiums für das Lehramt an Hauptschulen mit der Möglichkeit des Übergangs ist nur unter der Voraussetzung möglich, daß
  1. die Zugangsbestimmungen für das Studium bzw. die Zulassungsbestimmungen zu den akademischen und wissenschaftlichen Prüfungen von der Abteilung geregelt werden und
  2. diese Studiengänge hinsichtlich der erbrachten und zu erbringenden Leistungen (Semesterzahl, Seminare, Sprachübungen usw.) nicht schematisch verrechnet werden dürfen (zu These 2.1).